

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

ich hoffe, Sie erinnern sich noch gerne an den diesjährigen Urlaub im Kreise der Familie oder mit Freundinnen und Freunden, an das (hoffentlich) schöne Wetter, die sorgenfreie Zeit – die Zeit, die Seele baumeln zu lassen, neue Eindrücke zu sammeln, aufzutanken für die kommenden Monate, aber auch für die stressige und fordernde Arbeitswelt. Und sicherlich haben Sie sich am ersten Arbeitstag auch schon wieder auf den nächsten Urlaub gefreut. Daraus könnte nichts werden, wenn Sie für eine notwendige Weiterbildung, um den Arbeitsplatz zu erhalten oder zu sichern, Ihre Urlaubstage verwenden sollen. Die Arbeitgeber spielen schon scheinbar locker mit der Angst der Arbeitnehmer/innen um ihren Arbeitsplatz, um ihnen auch noch diese früher erkämpfte Rückzugsmöglichkeit ins Private zu nehmen. Ein weiterer Schritt zum sozialen Unfrieden! Und es wird sicher nicht der letzte sein.

Aktuell wird viel von der „gefühlten Ungerechtigkeit“ geredet im Zusammenhang mit älteren Langzeitarbeitslosen und ihren Bezügen – Hartz IV oder ALG 2 als Teil der Agenda 2010. Diese entstand, als die Kassen leer waren, die Wirtschaft nicht boomte, man nannte sie „Reform“, und behauptet heute, „sie greift“. Veränderungen waren nötig, aber sind sie sozial ausgewogen? Nein, dieses Grundgefühl stimmt! Die Rutsche in die Armut ist steil und kurz, nach 12 bzw. 18 Monaten landet man als Arbeitslose/r in der Sozialhilfe.

Und nun muss das Ersparte für diesen Notfall aufgebraucht werden, für den man sich jahrelang eigentlich in der Arbeitslosenversicherung abgesichert glaubte. Eigentlich sollte dieses Ersparte für andere Notfälle gelten, für Unvorhersehbares – z.B. könnte man zum kostenintensiven Pflegefall werden oder die Rente würde nicht zum Überleben reichen, weil die Lebenshaltungskosten mehr als die Alterseinkünfte steigen, und vieles weitere mehr...

Was bei all diesen gegenwärtigen Diskussionen völlig außen vor bleibt, ist die Erinnerung daran, dass wir in einer Solidargemeinschaft leben. Wir zahlen ja deshalb Sozialabgaben, die uns vom Gehalt abgezogen werden; wir hoffen, im Notfall aufgefangen zu werden wie auch andere, die bedürftig werden. Das werden wir auch. Nur über den Umfang der Maßnahme wird nun heftig gestritten.

Wer ist bedürftiger? Die junge Familie oder der/die ältere Arbeitslose? Dieser gesellschaftliche Streit dürfte nach unserer Wertevorstellung über die Solidargemeinschaft nicht sein. Vielmehr wäre Förderung und bestmögliche Vermittlung angesagt, bei der auch die Arbeitgeber ihren Beitrag leisten



sollten. Und sei es dadurch, dass sie ihre gut bezahlten Jobs in einer Weise ausfüllen, Verantwortung für die Firma und die Belegschaft zu übernehmen – und nicht nur an das Wohl der Aktionäre denken. Wenn nötig, führen sie Unternehmen in die Pleite und schaffen Heerscharen von neuen Hartz IV-Beziehern, während sie hohe Abfindungen erhalten und den nächsten Job übernehmen.

In der Realität wächst der Niedriglohnsektor mit geförderten Minijobs und Ich-AGs. In Westdeutschland arbeitet inzwischen ein Viertel der Beschäftigten zu Löhnen, die unter 75 Prozent des Durchschnittseinkommens liegen, in Ostdeutschland sind es 60 Prozent der Beschäftigten. Gleichzeitig steigen die Kinder- und die Altersarmut. Das ist Sozialstatistik, die neben die Wirtschaftsstatistik gelegt werden muss. Wir leben mittlerweile in einer etablierten Drittel-Gesellschaft. Ein Drittel der Gesellschaft hat ein hohes Lebensniveau mit allen Chancen, im zweiten, dem wachsenden Drittel, dominieren unsichere Lebensverhältnisse mit Zeitarbeitsverträgen, Minijobs und der Angst, in die Armut zu fallen. Das letzte Drittel ist die Armee der dauerhaft von Armut durch Arbeitslosigkeit Bedrohten. Hier besonders leben die Schwachen, die unserer Hilfe und Aufmerksamkeit bedürfen. Nicht nur der BVEA ist hier gefordert.

---

### Armut steigt rasant

---

Demokratie verlangt eine Gesellschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet: *miteinander*. Das schwache Drittel auszuschließen, verträgt sich nicht mit den Idealen der solidarischen Gemeinschaftsaufgabe. Soziale Rechte sollen den Zusammenhalt der Gesellschaft wahren. Das nur kann die Leitlinie der Agenda politischen Handelns und natürlich der christlich verstandenen Verantwortung sein. Es geht also nicht darum, ob und wie an ein paar Stellschrauben des Sozialsystems gedreht wird. Es geht darum, den sozialen Frieden und die Demokratie zu sichern.

Der Herbst ist die Zeit des Dankes, Zeit die Früchte der Arbeit zu ernten – und zu teilen. Für alle eine gute Zeit!

Eure Bruni Bald